

2028/J XXI.GP
Eingelangt am: 01 03 2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Reheis, Parnigoni, Pendl
und GenossInnen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend geplante Abschaffung von Bundespolizeidirektionen und Sicherheitsdirektionen

Große Verunsicherung ruft eine Mitteilung des Bundesministeriums für öffentliche Leistung und Sport bei den Bediensteten der Bundespolizeidirektionen und Sicherheitsdirektionen hervor. Das Bundesministerium für öffentliche Leistung und Sport plant offensichtlich die Auflösung der Sicherheitsdirektionen und Bundespolizeidirektionen unter gleichzeitiger Übertragung von Verwaltungsaufgaben an die Städte. Als erster Schritt soll das Meldewesen mit 1.1.2002 an die Stadtmagistrate übergeben werden. Weiters wird deutlich ausgesprochen, daß das Ziel der Reform auch darin besteht, daß keine Bundesbehörden mehr in den Bundesländern bestehen sollen. Dies ist ein weiterer Schritt zu einer bürgerfremden Zentralisierung.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Inneres nachstehende

Anfrage:

1. Welche Verwaltungssachen der Bundespolizeidirektionen und Sicherheitsdirektionen sollen an die Stadtmagistrate bzw. Bezirksverwaltungsbehörde übergeben werden?
2. Bis zu welchem Zeitpunkt soll dies erfolgen?
3. Welche Kosteneinsparungen werden dadurch in Ihrem Ministerium erzielt?

4. Welche Kosten entstehen dadurch den Gemeinden und müssen im Wege des Finanzausgleichs abgegolten werden?
5. Wieviele Personen sind von diesen Maßnahmen im Bundesministerium für Inneres betroffen?
6. Welche konkreten Auswirkungen haben die geplanten Maßnahmen für diese Personen?
7. Kommt es dadurch zu Kündigungen von Verwaltungsbediensteten und welcher Dienort wird gegebenenfalls BeamtInnen zugewiesen?